

Bekanntmachung.

Ausgabe von Entlassungsbüchern sowie die Auszahlung der einmaligen Zuwendung von 50 M. findet in der Zeit vom 1. bis mit 4. 7. 1919 nicht statt.

München, am 30. Juni 1919.

Bezugs-Commando.

Auszahlung der Mietbeihilfen an Kriegerfamilien

Dienstag, den 1. Juli 1919, vorm. 9-12 Uhr, an Kriegerwitwen am gleichen Tage, nachm. 4-6 Uhr.

Stadtrat Hohenzollern-Cranthall, am 28. Juni 1919.

Kartoffelpreis.

Infolge Einkaufs von Auslandskartoffeln zur Kartoffelfreudung, deren Einkaufspreis auf rund 40 Pfg. für das Pfund zu stehen kommt, macht sich eine wesentliche Erhöhung des Kartoffelpreises erforderlich. Für den wochenweisen Verkauf und Bezug von Kartoffeln gegen Bezirkskartoffelkarten wird deshalb vom 1. Juli 1919 ab bis auf weiteres der Kartoffelpreis

auf 25 Pfg. für das Pfund

festgesetzt.

Hohenzollern-Cranthall, am 30. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Limburger Käse, jede Person $\frac{1}{4}$ Pfd. = 44 Pfg. 4976-5800: Käfig, 8511-8700, 5801-5850: Korn, 1-1170: Schmidt.
Brotbacken bei Schmidt.
Quark, jede Person $\frac{1}{4}$ Pfd. = 26 Pfg. 4806-4800: Berger.

Freibrief: Dienstag **Kindfleisch**, roh, 1 Pfund 1,60 M. Lebensmittelkarten Nr. 1496 bis 1605: 7-8, 1606-1715: 8-9, 1716-1826: 9-10, 1827-1874: 10- $\frac{1}{2}$ 11. Fleisch erhalten nur Personen mit einem Einkommen bis 4000 M. Steuerzettel und Fleischmarken mitbringen.

Gersdorf - Sächsische Landwirtschaftliche Berufsvereinschaft.

Das Unternehmensergebnis und die Geberrolle der Sächsischen Landwirtschaftlichen Berufsvereinschaft ist hier eingegangen und liegt vom

1. bis 15. Juli 1919

zur Einsicht der Beteiligten im Rathaus, Zimmer Nr. 4, aus. Einsprüche gegen die Beitragsberechnung sind innerhalb einer weiteren Frist von 2 Wochen bei dem Genossenschaftsvorstande in Dresden, Wiener Platz 1 II, anzubringen. Die Beiträge sind ungeachtet etwaigen Einspruchs vom Betriebsunternehmer vorläufig zu bezahlen. Die Einhebung der Beiträge erfolgt in den nächsten Tagen durch die Schulmannschaft.

Gersdorf, am 28. Juni 1919.

Der Gemeindevorstand.

Schule Gersdorf.

Dienstag, den 1. Juli vormittags 10 Uhr findet im Schulsaal die feierliche Einweihung des Herrn Rudolfsherrn **Höhlfeld** als Schuldirektor statt. Die geehrte Einwohnerschaft wird hierzu herzlich eingeladen.

Die Lehrerschaft.

den und eine besondere Besprechung unterzeichnen würden, Frankreich Hilfe zu leisten, wenn es wieder angegriffen würde. Aber die Sicherheit Frankreichs hängt nicht nur von dem ab, was am Rheine vorgeht. Wie es Deutschland frei, Mitteleuropa umzuwälzen, wie Bismarck es 1866 tat, so wäre Frankreich alsbald in Gefahr, selbst wenn kein deutsches Geschäft unmittelbar auf Strahburg schließen würde. Am Tage, wo die Vereinigten Staaten beschließen würden, an der allgemeinen Garantie, die der Völkerverbund vorzieht, nicht teilzunehmen, am Tage, wo sie sich vorbehalten, auf diesem Ufer des Ozeans nur anzugreifen, wenn am Ufer des Atlantischen Ozeans gelegene Nationen bedroht wären, an diesem Tage würde die Gefahr des Krieges in Europa beträchtlich zunehmen. Frankreich stünde vor der Perspektive, sich wieder einem germanischen Mitteleuropa gegenüber zu befinden, und die Amerikaner wären früher oder später gezwungen, die ungeheure Anstrengung wieder zu beginnen, um eine neue deutsche Vorherrschaft zu brechen. Die Zukunft gehört den Vätern, die die große in der Welt vorgetommene Veränderung verstehen und ihre Gedanken und Anstrengungen auf die Höhe der neuen Zeit zu erheben wissen werden. Diese Doktrin werde Wilson in Amerika verteidigen. Hoffentlich wird er triumphieren. Wir wollen daran arbeiten, daß diese Doktrin hier triumphiert.

Bethmann-Hollweg stellt sich der Entente zur Verfügung.

Der ehemalige Reichszankler v. Bethmann-Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. Mai d. J. einen gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung auf fallen lassen mußte, am 25. d. M. an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in welchem er diesem bittet, das nachstehende Schriftstück zu Kenntnis der gegen Deutschland alliierten und assoziierten Mächte zu bringen:

In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte Seine Majestät Wilhelm den Zweiten von Hohenzollern, früheren Deutschen Kaiser, wegen schwerster Verletzung des internationalen Völkerrechts und der geheiligten Macht der Verträge unter öffentlicher Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß kundgetan, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, worin sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung auszuliefern. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir, an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitten zu richten, das gegen Seine Majestät den Kaiser beschlossene Verfahren gegen mich stattfinden zu lassen. Zu diesem Zweck stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichszankler trage ich für meine Amtszeit bis im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hieraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Rechtschaffenheit

welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlung fordern wollen, ausschließlich von mir gefordert wird. In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtszustande auch die internationale Beachtung nicht verweigern wollen, darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie meiner dringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.

Sohentinnow, 25. Juni 1919.

v. Bethmann-Hollweg a.

Die neuen Steuern.

Für das neue Steuerbündel, das der Nationalversammlung zugegangen ist, zeichnet zwar der Reichsfinanzminister Erzberger, aber die Verantwortlichkeit für die Autorität trägt eigentlich sein Vorgänger Schiffer. Erzbergers Vorgänger hat den Jahresbedarf des Reiches auf 17 1/2 Milliarden M. berechnet, wovon 12 noch durch Steuern zu decken seien. Was das besagen will, wird klar, wenn man sich erinnert, daß der letzte Vorkriegsetat des Reiches, nämlich der von 1914, 9,4 Milliarden M. betrug. Die Reichsschuld ist von damals 5 Milliarden auf jetzt 150 Milliarden (die Schulden der Bundesstaaten und Gemeinden nicht gerechnet) gestiegen, wozu noch die ungeheuren Entschädigungen kommen, welche die Alliierten aus uns herauspressen wollen.

Der bei weitem größte Ertrag ist von den drei Steuern zu erwarten, die nur vorübergehende Einnahmequellen schaffen, nämlich von der außerordentlichen Kriegssteuerabgabe für 1919, der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und dem Raftonsteuergesetz. Darüber, daß derjenige, welcher an oder wenigstens in diesem verlorenen Kriege gewonnen hat, so kräftig wie nur möglich besteuert werden soll, besteht Einmütigkeit. Leider hat die Finanzverwaltung mit dem Zugreifen so lange gezögert, daß sich unterdessen ein erheblicher Teil der zu erfassenden Gewinne verflüchtigt hat. Mühte doch die Bestimmung eingefügt werden, daß die seit dem 31. Dezember 1918 eingetretenen Verluste, die vielfach sehr erheblich sein werden, bei der Steuererschätzung zu berücksichtigen sind. Eine Unstimmigkeit besteht insofern, als die Regierung jeden Vermögenszuwachs, der 204 500 Mark übersteigt, reiflos erfassen will, während der Staatenschatz die radikale Wegbesteuerung erst bei 440 500 Mark eintreten lassen will. Die Einnahme von der Vermögenszuwachsabgabe war bis Ende des Jahres 1918 auf 10 Milliarden Mark geschätzt worden; angesichts der unterdessen eingetretenen Vermögensverlusten durch Kursstürze usw. dürfte der voraussichtliche Ertrag um etliche Milliarden geringer werden. Der Ertrag der Kriegsabgabe für 1919 läßt sich nicht schätzen. Er dürfte aber erheblich geringer sein als für 1918, da die

Einzelpersonen diesmal keine Abgabe vom Vermögen zu zahlen brauchen. Ebenjowenig ist eine Schätzung des Ertrages der Raftonsteuer möglich, durch die das Reich an dem Wertzuwachs des Grundeigentums, der infolge der baldigen Beseitigung von Festungsanlagen zu erwarten ist, teilnehmen soll.

Unter den Steuern, welche dem Reiche neu laufende Einnahmen verschaffen sollen, rangiert an erster Stelle die durch eine Nachschätzsteuer (das heißt die Besteuerung des gesamten Vermögens des Verstorbenen) ergänzte Erbschaftsteuer, die also den Erbanfall trifft. Daß das Gatten- und Kindeserbe hierbei nur sehr mäßig getroffen wird, während die entfernteren Verwandtschaftsgrade um so schärfer herangezogen werden, und daß die Steuer nach der Höhe des Erbanfalls und dem bereits vorhandenen Vermögen des Erben festgesetzt wird, und zwar bis zum Höchstbetrage von 80 Prozent, entspricht ebenso sehr der sozialen Gerechtigkeit wie den finanziellen Notwendigkeiten. Der Ertrag der Erbschaft- und Nachschätzsteuer wird auf 590 Millionen Mark geschätzt, was ein Mehr von 470 Millionen bedeutet. Die Tabaksteuer soll mit 700 bis 750 Millionen einen Mehrertrag von etwa 400 Millionen erbringen, die Zuckersteuer mit 350 ein Mehr von 180 Millionen, die Grundwechsellabgabe mit 114 ein Mehr von 74 Millionen, die Zündwarensteuer mit 50 ein Mehr von 28 Millionen, die Spielkartensteuer mit 10 ein Mehr von 8 Millionen, und von der Vergnügungssteuer, die auf 60 Millionen geschätzt wird, sollen 30 auf das Reich entfallen. Im ganzen schätzt man den Mehrertrag der laufenden Steuern auf etwa 1200 Millionen Mark, doch ist das angesichts der wirtschaftlichen Desorganisation eine sehr unsichere Schätzung.

Das Haupt- und Kardinalstück unserer Besteuerung aber wird die große Vermögensabgabe sein, worüber nach dem Plan der Reichsfinanzverwaltung der Nationalversammlung noch im Juli eine Vorlage zugehen soll. Die bis zum 1. Juli aufzustellende Vermögensanzeige, die in Höhe eingefordert werden wird, bezieht sich jedoch nicht auf die kommende Vermögensabgabe, sondern vielmehr auf die jetzt eingebrachte Steuer vom Vermögenszuwachs. Für die Vermögensabgabe, wird selbstverständlich ein späterer Zeitpunkt festgelegt werden, als der für die jetzige Vermögensanzeige angelegte 31. Dezember 1918.

Verbilligung der Auslandslebensmittel.

Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung am Sonntag die Regelung der Verbilligung der Lebensmittelpreise für ausländische Zufuhren endgültig festgelegt. Zu den Verkaufspreisen, welche die Reichsstelle künftig in Rechnung stellt, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Kleinverkaufspreise werden sich hiernach für das Volk je nach den Umständen des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen: Amerikanisches Backmehl, von dem auch fernerhin 250 Gramm für die Woche verteilt werden sollen, 80 bis 85 Pfg. statt bisher 2,20 bis 2,50 Mark, Reis, abwechselnd mit Hülsenfrüchten ein Viertelpfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 2,00 bis 2,20 M. statt bisher über 3 M., Hülsenfrüchte etwa 1,10 bis 1,30 M. statt bisher 2,20 M., ausländisches Fleisch, soweit dies infolge Mangels an inländischem Fleisch auf Ration verteilt werden muß, 4,50 bis 5,00 M., während bekanntlich zuletzt in Berlin 12 M. für das Pfund gezahlt werden mußte. Amerikanischer Speck 125 Gramm pro Kopf und Woche 4,00 bis 4,50 statt bisher 7 bis 8 M., ausländisches Speisefett 50 Gramm Kopf und Woche 5,00 bis 5,50 M. statt bisher 6 bis 7 M., ausländische Kartoffel sollen soweit verbilligt werden, daß die Preise für die Inlandskartoffeln nicht überschritten zu werden brauchen. Nach überschlägiger Berechnung wird der Gesamtertrag der Verbilligung über 1 1/2 Milliarden Mark betragen. Er soll zu gleichen Teilen aus dem Reich, die Freistaaten und die Kommunalverbände übernommen werden. Daß die Freistaaten und Kommunalverbände bei diesem großen Opfer des Reiches sich in dieser Weise beteiligen werden, kann vorausgesetzt werden, nachdem der preußische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll mit aller Schnelligkeit durchgeführt und dafür Sorge getragen werden, daß die Zuschläge der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Unkosten hinausgehen.

Beilegung des Eisenbahnerstreiks.

Am Sonntag morgen fand im Hirtens Busch eine Versammlung der Eisenbahnbeamten und -arbeiter statt, die sich anfangs überwiegend für schnelle Wiederaufnahme der Arbeit aussprach. Nachdem sich ein großer Teil der Beamten zu einem Empfang bei dem Minister Deser begeben hatte, trat der Unabhängige Paul Hoffmann auf und sprach sich für Fortsetzung des Streiks aus. Bei dem Empfang der Beamten bei dem Minister wurde ein völliges Einvernehmen zwischen der Beamtenschaft und dem Minister erzielt. Der neugewählte erste Vorsitzende des Beamtengewerkschaftsbundes erwiderte auf die mit großem Beifall aufgenommenen Worte des Ministers und erklärte nachdrücklich, daß die Beamten aus dem Lande sich entschieden von den Berliner Beamten und Arbeitern trennen würden, falls diese etwa im Streik verharren sollten. Berlin ist nicht das Reich. Der Minister sagte zu, den Reichswehr-

minister um sofortige Aufhebung seines Streit-erlasses zu ersuchen. Arbeiter- und Beamtenvertreter erklärten übereinstimmend, daß am Montag früh die Arbeit allgemein wieder aufgenommen würde. Bei einem zweiten Empfang in den Abendstunden erklärten Arbeitervertreter und vereinzelte Berliner Beamtenvertreter, daß infolge des Aufstretens von Paul Hoffmann von neuem Erregung in die Arbeiterschaft hineingetragen worden sei. Der Streiterlaß des Reichswehrministers ist Sonntag abend aufgehoben worden. Die Aufhebung ist sofort allen Berliner Eisenbahnstellen bekanntgegeben worden.

Zwecks Beilegung des Breslauer Eisenbahnerstreiks der, wie wir am Sonnabend melden konnten, schon an diesem Tage beigelegt sein sollte, haben am Sonntag vormittag erneut Verhandlungen seitens der Streikleitung mit dem Reichskommissar stattgefunden. Das Ergebnis war die Zusage der sofortigen Wiederaufnahme des Betriebes, falls der Reichskommissar bereit wäre, persönlich mit allem Nachdruck für die Forderungen der Arbeiter einzutreten. Der Reichskommissar erklärte sich nach nochmaliger eingehender Prüfung der Sachlage bereit, sich mit seiner ganzen Person für die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzusetzen. Alle über die wirtschaftlichen hinausgehenden Forderungen lehnte der Reichskommissar grundsätzlich ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen der Streikleitung statt, als deren Ergebnis im Laufe des Nachmittags an allen Stellen in der Provinz die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit in allen Haupt- und Nebenwerkstätten für Montag früh 6 Uhr ausgegeben wurde. Der Reichskommissar hat daraufhin davon abgesehen, sich, wie ursprünglich geplant, am Montag mittag von der Eisenbahndirektion alle diejenigen Arbeiter nennen zu lassen, welche die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert haben.

Der vorbereitete kommunistische Umsturzplan.

Im Laufe des Sonnabends sind in Berlin weitere Mengen kommunistischer Aufrufe und Flugblätter beschlagnahmt, die zu einem allgemeinen Verkehrs- und Transportstreik in ganz Deutschland zum Zwecke des Sturzes der jetzigen Regierung aufforderten. Es handelt sich um viele Hunderttausende von Exemplaren, deren Versendung über das Reich bereits begonnen hatte. — Nach den Aussagen hier verhafteter Kommunisten war der allgemeine kommunistische Umsturz in Deutschland für die letzte Juniwoche vorgesehen und in allen Einzelheiten vorbereitet.

Unruhen in Breslau.

Das Breslauer Generalkommando teilt mit: Als Sonnabend früh der die Spitze führende Offizier einer Abteilung am Bahnhofsplatz die dort aufgestellten Streikposten und anderen Leute zum Auseinandergehen aufforderte, nahm die Menge eine drohende Haltung ein. Nach zweimaliger Aufforderung zum Auseinandergehen wurde der Befehl zum Feuer gegeben. Es wurden etwa 30 Schuß abgefeuert. Der Platz und die angrenzenden Straßen wurden nunmehr schnell geräumt. Gegen Mittag sammelten sich etwa 500 teils jugendliche, dem Arbeiterstande angehörige Leute vor der Postenkette und drängten die Mannschaften zurück. Als die Menge eine immer drohendere Haltung einnahm, wurde wiederum scharf geschossen, wobei zwei Mann verwundet wurden.

Ähnlich wird über die Vorgänge am Sonntagabend noch mitgeteilt: Nachmittags zog sich in der Gartenstraße eine größere Menschenmenge zusammen. Diese griff trotz anhaltender Warnungen die Postenkette so stark an, daß sich der aufsichtführende Feldwebel gezwungen sah, die Menge, in der sich viele Leute in Watstrofen- und Armees-Uniformen befanden, zum Auseinandergehen aufzufordern. Die Aufforderung wurde mit Johlen und Beschimpfungen beantwortet. Nach der siebenten und achten Aufforderung und mehreren Warnungsschüssen wurde Befehl zum Feuer gegeben. Zehn zum Teil schwer Verwundete blieben auf dem Platze. Später zeigte an einer anderen Stelle ein Matrose die Menge gegen die bewaffnete Macht auf. Die Menge schwoll so schnell an, daß mit einem Durchbrechen der Postenkette gerechnet werden mußte. Auch hier wurde geschossen, wobei ein Junge verwundet wurde. Ähnliche Zwischenfälle wiederholten sich. Im Laufe des Abends wurde es dann ruhiger, so daß die Sicherungen zurückgezogen werden konnten.

Lebensmittelkrawalle in Magdeburg.

Am Sonnabend sind in Magdeburg erste Lebensmittelunruhen entstanden. Eingeleitet wurden sie durch Plünderungen auf dem Wochenmarkt. Die Menge versuchte dann, die Lebensmittelgeschäfte in der Stadt zu plündern. Sie wurde aber durch Eingreifen der Polizei und sofort alarmierter Truppen daran gehindert. Es kam zu Schieberereien, wobei es zwei Tote und einen Verletzten eegab. Die Lage ist noch nicht geklärt, da noch weitere Zusammenstöße befürchtet werden.

Die Hamburger Opfer.

Von den Schwerverletzten, die in den Hamburger Krankenhäusern als Opfer der Unruhen am 24. und 25. Juni darlitten, sind noch weitere neun Personen gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf